

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Echter Klimaschutz statt Greenwashing: Berlin braucht einen klimagerechten Fahrplan für die Fernwärme

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, im Zuge der Rekommunalisierung des Fernwärmenetzes den von der Vattenfall Wärme AG vorgelegten Dekarbonisierungsfahrplan maßgeblich zu überarbeiten und dabei folgende Merkmale zu berücksichtigen:

- Erfüllung der landes- und bundesrechtlichen Vorgaben zur Emissionsreduktion im Energiesektor, in der Kreislaufwirtschaft und den sozial-ökologischen Lieferketten
- Fokus auf die Nutzung lokal verfügbarer Wärmequellen und effizienter Technologien wie (Groß-)Wärmepumpen, Geothermie und Abwärmenutzung
- Vermeidung komplexer Abhängigkeitsgefüge für Berlin bei der Beschaffung von Ressourcen zur Fernwärmeproduktion
- Berücksichtigung der Unsicherheiten über die zukünftige Verfügbarkeit von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien (sogenannter grüner Wasserstoff) sowie dessen Wirtschaftlichkeit und Lieferketten
- Berücksichtigung der nachhaltigen Verfügbarkeit und Wirtschaftlichkeit von Biomasse (insbesondere Holz) inklusive der Analyse möglicher Bezugsregionen und Lieferketten
- Berücksichtigung der Anforderungen an den Stromnetzausbau unter Einbeziehung der Stromnetz Berlin
- Abschätzung von (Klima-)Technologiesprüngen sowie deren zeitliche Verfügbarkeit

In dem Konzept sollen konkrete Transformationspfade für den Kraftwerkspark und das Fernwärmenetz ausgewiesen werden. Weiterhin sollen entlang der Transformationspfade

Investitionsbedarfe zusätzlich zu jenen, die den aufgelaufenen Investitionsstau zur Erhaltung des Fernwärmenetzbetriebes berücksichtigen, kalkuliert werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals zum 31. Oktober 2024 und danach halbjährlich zu berichten.

Begründung

Das Land Berlin hat sich über das Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz verpflichtet, bis spätestens 2045 Klimaneutralität zu erreichen. Die Wärmeversorgung ist in Berlin mit einem Anteil von knapp 50 % an den CO₂-Emissionen eine wesentliche Stellschraube auf dem Weg dahin. Berlin verfügt über eines der größten Fernwärmenetze Europas; derzeit sind rund 1,4 Mio. Haushalte an die Fernwärme angeschlossen.

Das Land Berlin wird das Berliner Fernwärmenetz, das bislang von der Vattenfall Wärme AG betrieben wird, inklusive des zugehörigen Kraftwerksbestandes (11 Großkraftwerke und ca. 100 Blockheizkraftwerke) rekommunalisieren, wodurch das Land nun eine proaktive Rolle bei dessen Dekarbonisierung einnimmt. Vattenfall selbst hatte im Juni 2023 einen Dekarbonisierungsfahrplan vorgelegt, der jedoch einige Schwachstellen aufweist:

- Obwohl die Autor*innen des Vattenfall Dekarbonisierungsfahrplans zurecht anmerken, dass die Entwicklung des Wasserstoffmarkts schwer abzuschätzen ist, sieht der Plan die Nutzung von Wasserstoff im Umfang von 20 % bis 40 % vor. Diverse Studien gehen davon aus, dass fossilfreier Wasserstoff nur dort eingesetzt werden wird, wo keine regenerativen und klimafreundlichen Alternativen verfügbar sind, etwa in industriellen Anwendungen oder im Flugverkehr. Abgesehen von der Verfügbarkeit, wird ein zu starker Fokus auf Wasserstoff neue energiepolitische Abhängigkeiten schaffen, da Deutschland die Flächen fehlen, um größere Mengen fossilfreien Wasserstoff selbst zu produzieren. Zudem dürfte fossilfreier Wasserstoff auf absehbare Zeit mit sehr hohen Produktionskosten einhergehen, die sich letztlich in den Preisen für die Endkund*innen niederschlagen werden. Vor diesem Hintergrund sollte sich die Dekarbonisierungsstrategie für die Fernwärme auf diejenigen Technologien fokussieren, die bereits am Markt verfügbar sind und deren Kosten dadurch besser abzuschätzen sind.
- Die Verbrennung von 450.000 bis 480.000 Tonnen regionaler Biomasse soll zukünftig stattliche 16 % der thermischen Leistung ausmachen. Es ist anzunehmen, dass ein Großteil der thermischen Leistung aus nicht näher spezifizierter Biomasse durch die Verbrennung von Holz gewonnen werden soll. Es fehlen jedoch Angaben, woher solche enormen Mengen regional, nachhaltig und umweltfreundlich bezogen werden sollen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass zahlreiche Biomasseheizkraftwerke in den ostdeutschen Bundesländern den selben Ansatz verfolgen.
- Der Anteil der Fernwärmeerzeugung durch Restmüllverbrennung soll von 4 % auf 10 % gesteigert werden. Abgesehen davon, dass Müllverbrennung nicht klimaneutral ist, steht dies im Widerspruch zur Zero-Waste-Strategie, wonach zukünftig das Müllaufkommen so weit wie möglich reduziert werden soll.
- Auf der anderen Seite unterschätzt Vattenfall in ihrem Dekarbonisierungsfahrplan Berlins Umweltwärmepotenziale; insbesondere die Geothermie spielt lediglich eine untergeordnete Rolle. Zwar müssen dringend intensive seismische Erkundungen und

Probebohrungen durchgeführt werden, jedoch machen Erkundungserfolge beispielsweise in Potsdam Hoffnung, dass auch im Berliner Untergrund ein erhebliches thermisches Potenzial zu gewinnen ist. Entsprechend hat der Senat eine Roadmap für Geothermie auf den Weg gebracht und Mittel für Probebohrungen eingestellt. Die Stadt Potsdam plant zukünftig mit einem Anteil von Geothermie an der Wärmeversorgung von weit über 60 %. Dagegen wirken die von Vattenfall angesetzten 7 % denkbar unambitioniert.

Mit dem Rückkauf der Fernwärmesparte von Vattenfall hat Berlin nun den Auftrag, die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung neu aufzusetzen. Angesichts der gesetzlichen Verpflichtungen zur Klimaneutralität ist es dringend geboten, die Dekarbonisierungsstrategie konsequent an den Berliner (Klima-)Zielen auszurichten. Jüngst hat das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW, 2023¹) in einer Studie einen zukunftsfähigen Rahmen für die Transformation der Berliner Fernwärme aufgezeigt, der oben geforderte Bedingungen erfüllt. Der Dekarbonisierungsfahrplan von Vattenfall hingegen bleibt in wesentlichen Punkten zu vage, basiert auf unsicheren Annahmen, weist keine Investitionsbedarfe aus und setzt falsche Schwerpunkte. Eine Neuaufsetzung der Dekarbonisierungsstrategie für die Fernwärme ist deshalb unumgänglich.

Berlin, 3. Mai 2024

Jarasch Graf Dr. Taschner
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

¹ Herpich, P./Holz, F./Löffler, K. 2023: „Wärmewende in Berlin: Versorgungssicherheit nach dem Erdgas mit erneuerbaren Energien gewährleisten“:

https://www.diw.de/de/diw_01.c.887323.de/publikationen/wochenberichte/2023_49_1/waermewende_in_berlin_versorgungssicherheit_nach_dem_erdgas_mit_erneuerbaren_energien_gewaehrleisten.html